



Regierungsratsbeschluss vom 18. Juni 2024

Eidgenössisches Justiz- und Polizeidepartement EJPD, Übernahme und Umsetzung der Verordnung (EU) 2022/1190 zur Änderung der Verordnung (EU) 2018/1862 in Bezug auf die Eingabe von Informationsausschreibungen zu Drittstaatsangehörigen im Interesse der Union in das Schengener Informationssystem (SIS) (Weiterentwicklung des Schengen-Besitzstands); Vernehmlassung

P240505

1. Der Regierungsrat genehmigt den vorgelegten Briefentwurf an das Eidgenössische Justiz- und Polizeidepartement.

Begründung

Die vorliegende Weiterentwicklung des Schengen-Besitzstands durch die Übernahme und Umsetzung der Verordnung (EU) 2022/1900 zur Änderung der Verordnung (EU) 2018/1862 in Bezug auf die Eingabe von Informationsausschreibungen zu Drittstaatsangehörigen im Interesse der Union in das Schengener-Informationssystem (SIS) führt zu einer Stärkung der Zusammenarbeit auf internationaler Ebene und mit Europol. Die zusätzlichen Daten, welche in das SIS integriert werden, dürften die Sicherheit im Schengen-Raum erhöhen. Der Regierungsrat begrüsst die Weiterentwicklung.

